

Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten e. V.

Lehrstr. 6, 64646 Heppenheim

**(13) Ausschuss für Gesundheit
und Soziale Sicherung
Ausschussdrucksache
0209
vom 20.05.03

15. Wahlperiode**

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der gesetzlichen Rentenversicherung (Drucksache 15/542)

Die DGVP teilt die im Gesetzentwurf vorgenommen Problemanalyse in wesentlichen Punkten.

In unserer Stellungnahme zum AABG (BT-Drucksache 14/7144) hatten wir bereits darauf hingewiesen und begründet, dass und warum wir die darin festgelegten Maßnahmen für ungeeignet halten. Die Kritik der DGVP schloß die auf Arzneimittelpreise bezogenen Maßnahmen und Zwangsrabatte mit ein.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die im Gesetzentwurf geforderte Aufhebung des Großhandelsabschlags rückwirkend zum 1. Januar 2003.

Heppenheim im Mai 2003

Stellungnahme

zum Antrag der Fraktion CDU/CSU

zur Aufhebung der gesundheitspolitischen Maßnahmen im Beitragssatzsicherungsgesetz (Drucksache 15/652 neu)

Schon in unserer Stellungnahme zum BSSichG haben wir begründet, dass wir die Ausgabenfestschreibung in den wesentlichen Leistungsbereichen auf das Niveau des Jahres 2002 für falsch halten, weil sie im Endergebnis zu einer Verschlechterung der Behandlung von GKV-Versicherten führt.

In dieser früheren Stellungnahme haben wir des weiteren die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze, die Kürzung des Sterbegeldes und die erzwungenen Preisnachlässe bei Zahntechnikern, Apothekern, dem Großhandel und der Pharmazeutischen Industrie kritisiert. In dieser Kritik fühlen wir uns heute im vollen Umfang bestätigt.

Von daher unterstützt die DGVP den Antrag von CDU/CSU zur Wiederherstellung des Rechtszustandes der zum 31.12.2002 bestanden hat.

Heppenheim im Mai 2003